Wagenknecht will Entsendung türkischer Imame verhindern

12. September 2017

Berlin (KNA) In der Debatte über Ankaras Einflussnahme auf Türkischstämmige in Deutschland hat die Spitzenkandidatin der Linkspartei, Sahra Wagenknecht, die Bundesregierung zu entschlossenem Handeln aufgefordert.

„Es ist unverantwortlich, dass die Bundesregierung den Moscheeverein Ditib, der nichts anderes ist als Erdogans verlängerter Arm in Deutschland, unverändert steuerlich fördert und zulässt, dass der türkische Despot, der sein Land gerade in eine islamistische Diktatur verwandelt, darüber bestimmt, was an deutschen Moscheen gepredigt wird“, sagte Wagenknecht der „Welt am Sonntag“. Wer das verhindern wolle, müsse „die Entsendung türkischer Staatsbeamter als Imame an deutsche Moscheen endlich verhindern“.

Um den Einfluss der türkischen Regierung hierzulande zu verringern, forderte Wagenknecht: „Den Aktivisten des Erdogan-Netzwerks ist die Einreise und der Aufenthalt in Deutschland zu untersagen, damit die Propaganda des türkischen Despoten gegen Demokratie und Rechtsstaat hier gestoppt werden kann.“ Imame des Moschee-Verbandes Ditib, die in Deutschland als Agenten Erdogans Andersdenkende bespitzelten, seien „auszuweisen“, so Wagenknecht.

(KNA – rktlk-89-00006)

Stand: 16. November 2026